IIIIII KANTON solothurn

Regierungsratsbeschluss

vom 6. März 2007

Nr. 2007/339

Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA)
Öffentliches Vernehmlassungsverfahren

---

1. Erwägungen

Das Volkswirtschaftsdepartement unterbreitet Botschaft und Vernehmlassungsentwurf über das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (EG BGSA) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

2.1 Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements werden Botschaft und Vernehmlassungsentwurf über das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (EG BGSA) in erster Lesung beraten und beschlossen.

2.2 Das Volkswirtschaftsdepartement wird beauftragt, ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren über diesen Entwurf durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 30. April 2007.

2.3 Die Staatskanzlei wird beauftragt, die Vernehmlassungsadressaten per E-Mail über das eröffnete Vernehmlassungsverfahren zu informieren.

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Vernehmlassungsentwurf

Verteiler (mit Vernehmlassungsentwurf)

Regierungsrat (6)
Volkswirtschaftsdepartement (12)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (4)
Amt für öffentliche Sicherheit
Steueramt
Ausgleichskasse des Kantons Solothurn
Staatskanzlei (SCH, STU, AST, STE)
Amtsblatt STE
Parlamentsdienste
Medien (JAE)